



ALV Rundbrief im Brandenburger Land

Arme Eltern – Arme Kinder!



Inhalt dieser Ausgabe

Arme Eltern-Arme Kinder!	1/2
SGB II „Rechtsvereinfachung“	2/3
Projektbericht „Memory“	4/5
Besuch im Grips Theater	5/6
Gedenken an die Opfer von Terrorismus	6
Solidarität mit den Opfern aus Brüssel	6
Jubilare	7
Jugend packt an	8
Termine	8

In Deutschland sind 19,6 Prozent aller unter 18-Jährigen von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen (Statistische Bundesamt-EU-SILC 2015). Besondere Armutsrisiken der Eltern und Erwerbslosigkeit führen zu Kinderarmut. In Armut lebenden Kindern fehlt es an Dingen, die für andere Kinder selbstverständlich sind: von Kleidung über gesunde Ernährung bis hin zu Medienzugang und Schulausstattung. Auch die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist häufig stark eingeschränkt. Gesundheitliche Benachteiligungen und ein schlechterer Bildungszugang prägen ihre Situation. Ein breites Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Landesarmutskonferenzen, Organisationen und Dachverbänden der sozialen Arbeit, Initiativen und Verbänden aus der Selbstorganisation von Arbeitslosen und dem kirchlichen Bereich, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Bundesverband Deutsche Tafel, at-

tac, Deutscher Kinderschutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Zukunftsforum Familie sowie zahlreichen Wissenschaftler_innen und weiteren Einzelpersonen stellte am Vortag des Internationalen Kindertages in 2016 ein gemeinsam unterzeichneten Aufruf vor: Wir wollen eine Gesellschaft, in der jedes Kind gleich viel wert ist! Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Personen, rufen die Parteien auf, sich in ihren Wahlprogrammen für eine Gesellschaft einzusetzen, in der jedes Kind gleich viel wert ist. Wir fordern: eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für jedes Kind und jeden Jugendlichen. Es ist ungerecht, wenn Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen für ihre Kinder mit ihrem Kindersteuerfreibetrag eine höhere Unterstützung erhalten, als Bezieherinnen und Bezieher normaler und niedriger Einkommen. Auf Grundsicher-

ungsleistungen wie Hartz IV Angewiesene erhalten faktisch gar kein Kindergeld, denn es wird mit den Regelleistungen verrechnet. Auch der bürokratische Kindergeldzuschlag erreicht sehr viele Familien mit Kindern nicht.

Wir fordern: eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für alle Kinder und Jugendlichen. Dieser muss mindestens den grundlegenden finanziellen Bedarf für die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe der Kinder und Jugendlichen absichern und soll alle bisherigen Kind bezogenen Geldleistungen bzw. steuerlichen Vergünstigungen bündeln. Mit einer einheitlichen und eigenständigen Geldleistung würden:

1. die bisherigen unterschiedlich hohen Förderungen im Kindergeld- und Kinderfreibetragssystem überwunden,
2. viele Kinder und Jugendliche aus dem diskriminierenden und stigmatisierenden Bezug der Grundsicherungsleistungen herausgeholt werden und
3. das bürokratische Nebeneinander der bestehenden Systeme beseitigt. Wir meinen: es gibt kein besseres Mittel, Armut und Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen wirksam zu bekämpfen. Eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist, ermöglicht auch jedem Kind und



Arme Eltern – Arme Kinder!



jedem Jugendlichen den ungehinderten Zugang zu qualitativ hochwertigen Angeboten an Kultur, Bildung und sozia-

len Dienstleistungen. Der Ausbau dieser Angebote ist dringend notwendig. Außerdem müssen Ansprüche auf Sonderbedarfe der Kinder und Jugendlichen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist. Deshalb brauchen wir eine Politik, die Rahmenbedingungen dafür gestaltet. Der Arbeitslosenverband Deutschland, Landesverband Brandenburg e.V. ist Unterstützer des Aufrufes, weil Arbeitslosigkeit immer noch eine der Hauptursachen von Armut ist. Insbesondere Menschen mit Arbeitslosengeld-II sind dieje-

nigen, die von einer dauerhaften Ausgrenzung betroffen sind. Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung - das sind nicht nur statistische Zahlen, dahinter stehen persönliche Schicksale der Betroffenen und ihrer Kinder. Kinder und Jugendliche sind diejenigen, die Armut am meisten spüren. Wer sie vom gesellschaftlichen Leben, das in der Regel Geld kostet, ausschließt, nimmt ihnen die Fähigkeit, ihr Leben mit Zuversicht selbst zu gestalten. (siehe auch www.alv-brandenburg.de)

Inga-Karina Ackermann
Landesvorsitzende

Änderungsgesetz zum SGB II –“Rechtsvereinfachung“



Seit langer Zeit ist ein Änderungsgesetz zum SGB II in der Diskussion. Es wäre das 9. Änderungsgesetz zum SGB II. Da dieses Gesetz durch den Bundesrat, die Vertretung der Länder, zustimmungspflichtig ist, wurde es nach der Behandlung im Bundestag nun im Bundesrat beraten. Der Bundesrat hat eine Vielzahl von Änderungen, Ergänzungen, Streichungen usw. angeregt. Das muss nun mit dem Bundestag in der Regie-

rung wiederum beraten und eine Lösung gefunden werden. Bei der Sitzung des Koordinierungsausschusses gewerkschaftlicher Arbeitslosen Gruppen im April in Berlin wurden die Vorstellungen des Bundesrates vorgestellt. Wir wollen diese als Überblick hier vorstellen. Das soll deutlich machen, wie viele Probleme vor dem Beschluss zu diesem Gesetz noch zu klären sind! Vorschläge des Bundesrates: Der Bundesrat hat am 18.

März 2016 in einem ersten Durchgang den Entwurf der Regierung für ein 9. SGB II-Änderungsgesetz (so genannte Rechtsvereinfachung) beraten. Der Bundesrat (BR) schlägt rund 40 Änderungen am Gesetzentwurf der Regierung vor. Wir stellen hier die wichtigsten Forderungen des BR unkommentiert vor: Die geplante stärkere Betonung der **Beratungspflicht** der Jobcenter wurde abgelehnt. Der BR sieht keine Notwendigkeit für eine spezifische Regelung im SGB II, die über die allgemeine Beratungspflicht im SGB I (§14) hinausgeht. Eine umfangreiche Beratung sei aufgrund der Personalsituation in den Jobcentern auch gar nicht zu leisten. Befürchtet wird eine „Klageflut“, bei der Leistungsberechtigte eine unzureichende Beratung monieren.

Die geplante alleinige **Zuständigkeit** der Arbeitsagenturen (SGB III) im Bereich der Arbeitsförderung für Arbeitslosengeldbezieher, die aufsto-

Änderungsgesetz zum SGB II – "Rechtsvereinfachung"

ckend Hartz IV beziehen, wird ebenfalls abgelehnt. Begründung: Die Bedarfsgemeinschaft dürfe nicht aufgespalten werden und der Zugang zu Eingliederungsmaßnahmen nach dem SGB II müsse erhalten werden.

Einkommensanrechnung: Um mehr Anreize für ehrenamtliche Tätigkeiten zu schaffen, soll der „Ehrenamtsfreibetrag“ verbessert werden. Der Freibetrag müsse sicherstellen, dass Aufwandsentschädigungen, die steuerfrei sind, auch im SGB II anrechnungsfrei bleiben.

Bildungs- und Teilhabebeitrag: Der **Eigenanteil beim Mittagessen** soll entfallen. Leistung fürs Mittagessen soll nicht wie bisher den „Mehraufwand“ decken, sondern die Aufwendungen fürs Essen. Ein Antrag soll nur bei der erstmaligen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung notwendig sein. Die **Leistungen für den Schulbedarf** (70 und 30€) sollen auch dann gezahlt werden, wenn die erstmalige Einschulung nach den Zahlterminen (1. August bzw. 1. Februar) stattfindet. Bei der **Lernförderung** sollen auch „weitere Aufwendungen“, die im Zusammenhang mit Lernförderung anfallen, erstattet werden.

Eingliederungsvereinbarung (EinV): Der BR lehnt es ab, die Inhalte der EinV - wie von der Regierung geplant - als abschließende Liste zu definieren. Festlegungen zu den Eigenbemühungen sollen wie heute eine Soll-Vorschrift bleiben (Regierungsentwurf: Kann-Regelung).

1-Euro-Jobs: Es soll im Ge-

setz ein Nachrang gegenüber „Fördermaßnahmen mit besserem Eingliederungserfolg“ festgeschrieben werden. Das Kriterium „wettbewerbsneutral“ soll entfallen, ebenso die zeitliche Befristung von maximal 24 Monaten im Zeitraum von fünf Jahren.

Bei der **Förderung von Arbeitsverhältnissen** (§ 16e) sollen die örtlichen Beiräte stärker beteiligt werden, eine tarifliche Bezahlung vorgegeben werden, die Förderbedingungen gelockert werden und die zeitliche Befristung (24 Monate in fünf Jahren) entfallen.

Generell soll bei öffentlich geförderter Beschäftigung ein „**Passiv-Aktiv-Transfer**“ möglich sein, also die Umwidmung von Leistungen für den Lebensunterhalt in Leistungen der Arbeitsförderung.

Weiterbildungszuschuss: Bei Umschulungen in einem mindestens zweijährigen Ausbildungsberuf soll ein Weiterbildungszuschuss zusätzlich zum Regelsatz in Höhe von 150,00 EURO monatlich gezahlt werden.

Entschärfung der Sanktionen: Der Kürzungsbetrag soll immer einheitlich 30% vom Regelsatz betragen und somit sollen die weiteren Kürzungsstufen (60 und 100%) entfallen. Es soll einheitliche Regeln für alle geben, also die verschärften Sanktionsregeln für unter 25-Jährige sollen gestrichen werden. KdU-Leistungen sollen nicht mehr gekürzt werden. Die Möglichkeiten, die Sanktionsdauer bei nachholender Pflichterfüllung zu verkürzen, soll für alle gelten und eine schriftliche Rechtsfolge-

belehrung wieder verpflichtend sein.

Erbenhaftung: Der BR will die Erbenhaftung - in abgeschwächter Form - beibehalten. Nach Ende des Leistungsbezugs soll die Regelvermutung gelten, dass kein Vermögen vererbt wurde. Jedoch soll die Erbenhaftung weiter gelten, wenn Wohneigentum selbst genutzt wurde oder das Jobcenter von anderem „erheblichen“, vormals geschütztem Vermögen weiß.

Neben diesen konkreten Änderungsvorschlägen am Gesetzentwurf hat der Bundesrat noch einige Empfehlungen abgegeben:

► Bei Erstattungsforderungen der Jobcenter soll eine Bagatellgrenze eingeführt werden.

► Das Vier-Augen-Prinzip beim Abzeichnen von Ausgaben im Jobcenter soll erst ab einem bestimmten Geldbetrag gelten. Vorgeschlagen werden 500 €.

► Für die Kosten im Rahmen des Umgangsrechts mit dem Kind soll ein eigenständiger Mehrbedarf eingeführt werden.

► Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche sollen grundlegend überprüft und die Berechnungsmethode weiterentwickelt werden. Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sollen zurück in den Regelsatz verlagert werden.

Prof. Dr. D. Fischer
Stellv. Vorsitzender
Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppe





Neues aus Potsdam: Projektbericht „Memory“



Mit dem Umzug unserer Einrichtung des Arbeitslosenservice Potsdam im Frühjahr 2012, von der Templiner Straße nach Potsdam-Drewitz, Asta-Nielsen-Str. 3, kamen wir in ein Stadtgebiet, in dem es bereits seit Jahren ein lebendiges, vielseitiges Vereinsleben und bürgerschaftliches Engagement im Rahmen des Lokalen Bündnisses für Familie gibt. Wir wurden sehr schnell Mitglied dieser Bündnisfamilie und beteiligen uns regelmäßig an öffentlichen Stadtteilinitiativen, wie Bürgerfeste oder Frühjahrsputz.

Unser Wohngebiet Drewitz, das letzte Plattenbaugelände Potsdams vor der Wende, gehört neben dem benachbarten Gebiet „Stern“ zu den „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ des Bundes-Länder-Programms. Hierbei wurde Drewitz durch entsprechende Sanierungsarbeiten von Wohnungen, Park- und Spielanlagen zur „Gartenstadt“ entwickelt und sichtbar verschönert. Neben der Verbesserung des Wohnumfeldes stehen auch die zahlreichen sozialen und kulturellen Initiativen und Vereine des Stadtteils im Mittelpunkt der „Sozialen Stadterneuerung“. Alles soll den Veränderungen

angepasst, vor allem besser vernetzt und für die Bürger bekannt gemacht werden.

Hier nun kamen wir als „Potsdamer Arbeitslosenverein e.V.“ ins Spiel: In der Absicht auch für uns selbst nachhaltiger zu werben, wurden wir durch unsere zahlreichen Kontakte auf die Idee gebracht, uns für ein Kleinprojekt der „Aktion Mensch“ zu bewerben und ein Memory-Spiel zu entwickeln, in dem wichtige soziale sowie kulturelle Träger, Vereine und Initiativen des Wohngebiets dargestellt werden. Wir hatten die Form des Memorys gewählt, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene neugierig auf die Angebote im Stadtteil zu machen und ihnen durch die kommunikative Form des Spielens den Zugang dazu zu erleichtern, um sich letztlich evtl. sogar selbst in die Stadtteilarbeit einzubringen.

In der Vorbereitungsphase hatten wir alle Stadtteilaktivitäten genutzt, engagierte Einzelbürger, z.B. die „Strickoma“, Vereine und Initiativen anzusprechen und zur Teilnahme zu gewinnen. Danach wurden mit den Interessenten kleine Workshops veranstaltet, in denen Interviews

geführt, Texte formuliert und Fotos gemacht wurden.

Schließlich fanden sich 20 Mitwirkende aus den Bereichen Sport, Kultur und Kreativität, Beratung und Betreuung, die ihre Angebote auf insgesamt 24 Bildkärtchen und einer Textbeilage mit den entsprechenden Daten präsentieren wollten.

Ein Jahr lang wurde an dem Projekt gearbeitet. Mitunter ging es nur zäh voran, weil einige Interessenten inzwischen wegzogen oder Ansprechpartner wechselten. Uns begegneten Skepsis und langwierige Kommunikationswege und es mussten Erlaubnisse von übergeordneten Strukturen eingeholt werden. Das brauchte gute Nerven und Langmut. Diese hatte unsere Kollegin Solveig Vogel, Schuldner- und Insolvenzberaterin unserer Einrichtung, die das Projekt koordiniert und am Laufen gehalten hat. Für die technische Umsetzung, d.h. fotografieren, Computerbearbeitung, Layout und Zusammenarbeit mit der Druckerei hatten wir, quasi als Hauptauftragnehmerin, in Frau Simone Ahrend, studierte Fotografin und Diplom – Kommunikationsdesignerin, eine versierte und engagierte, unserem Verein nahe stehende Mitstreiterin. Und schließlich hatte unsere Leiterin der Einrichtung, Inga-K. Ackermann, die Projektfinanzen fest im Griff. Allen, auch den ungenannten Helfern an dieser Stelle ein großes Danke schön! Am 21. März 2016 war es dann endlich soweit. Das Memory-Spiel war fertig, jeweils verpackt in kleinen, hübschen Kästchen (100 St.) und konnte der Öffentlichkeit bzw. den 20 Projektpartnern übergeben werden. Und es wurde ein großer Erfolg! Die Vertre-

Neues aus Potsdam: Projektbericht „Memory“

ter der Vereine, von denen sich viele erst hier kennenlernen, waren nicht nur überrascht von der äußeren Qualität und Attraktivität des Memorys, sondern auch von der Vielfalt der Angebote im Stern und Drewitz. Es entwickelte sich eine sehr lebhaftes Gesprächsrunde bei einem tollen von uns selbst bereiteten Büffet. Und natürlich wurde auch das Spiel ausprobiert. Alle Anwesenden nahmen mit großem Interesse einige Exemplare mit und bestellten inzwischen schon Nachschub. Zusammenfassend kann man

schließlich sagen, dass dieses Projekt trotz des hohen Aufwands und mancher Schwierigkeiten für uns einen großen Gewinn darstellt.

Wir haben als positiv erlebt, dass wir durch die Beteiligung vieler anderer an der Entstehung des Lehrspiels nun im Stadtteil mehr Menschen und Vereine kennen. Gerade bei Stadtteilsten und Weihnachtsbasaren knüpfen wir viele Kontakte, diese werden nun durch die Beteiligung am Lehrspiel verfestigt und verstetigt. Künftig werden wir das Memory bei Stadtteilsten

nutzen und auch andere Akteure planen in ihren Einrichtungen Lehr-Spiel-Nachmittage, bei denen das Memory eingesetzt werden soll.

Damit haben wir das Ziel des Projektes, hohe Synergieeffekte durch eine bessere persönliche Verbindung und Vernetzung der Initiativen im Wohngebiet zu erreichen, realisiert.

*Brunhild Holtz
Vorsitzende des KV
Potsdamer Arbeitslosenverein e.V.*



Neues aus Neuruppin: Besuch im Grips Theater in Berlin



Am 30.04.2016 fuhren 10 Kinder und 3 Betreuer der Neuruppiner Tafel mit einem gemieteten Bus nach Berlin. In Treskow stiegen noch 6 Kinder und ein Betreuer aus dem dortigen Asylbewerberheim zu. Mit großer Neugier starteten wir in den Ausflugstag. Für die Jüngsten wurde ein Lunch - Pakete vorbereitet. Bestehend aus einem Rucksack gefüllt mit Äpfeln, Getränken, einem Imbiss, Naschwerk sowie kleine Geschenke. Gegen 9:00 Uhr erreichten wir dann

das Grips-Theater in Berlin. Es war zu merken, dass die Kinder in voller Erwartung dem Beginn des Theaterstücks „Schnubbel“ entgegen fieberten. Zum Inhalt des Stückes:

Tim ist wieder allein zu Hause. Er langweilt sich fürchterlich. Außerdem findet er sich zu dick und ist eigentlich total unzufrieden. In der Schule ärgern ihn regelmäßig Samira, Leila und Bodo. Und als ob das nicht schon reicht, nennt seine Mutter ihn in aller Öff-

fentlichkeit noch „Schnubbel“. Daraufhin wird er in der Schule gehänselt. Tim sieht nur einen Ausweg und haut von der Schule ab. Er kam beim bekannten Spätverkauf-Betreiber Johnnie vorbei. Ihm vertraut er sich an. Tim erfährt bei ihm, wie man Musik macht. „Musik ist alles, was du brauchst“, meint Johnnie. Er schaffte es, dass sich die Kinder zusammen setzten und sich aussprachen. Hierbei konnte festgestellt werden, dass jeder Einzelne von den Kids so seine Probleme hatte. Dem Schulunterricht fernzubleiben ist jedenfalls nicht die richtige Lösung. Es drohte der Ausschluss vom Schulfest für alle Beteiligten. Mit der Bitte an ihre Lehrerin selber ein Musik-Hipp-Hopp-Stück ein zu studieren, durften sie dann doch noch am Schulfest teilnehmen. Das Theaterstück endete mit viel Musik und guter Laune. Die Kinder waren begeistert von der Aufführung. Und manche haben sich vielleicht selbst erkannt. Alles in allem handelte das Stück von Mobbing, vom Alleinsein und



Neues aus Neuruppin: Besuch im Grips Theater in Berlin



noch nicht ganz beendet. Wir hatten noch eine Überraschung für die Kinder. Auf dem Heimweg hielten wir noch bei McDonald's. Für jeden gab es noch ein Happy Meal

ten unsere Gäste wieder nach Hause, die sich für den besonders schönen Tag bedankten. Die restlichen Kids aus der Neuruppiner Tafel wurden von Ihren Eltern abgeholt. Wir hatten sehr viel Spaß.

*Ramona Lorenz
Ortsvereinsvorsitzende
der Neuruppiner Tafel*

beginnender Freundschaft. Kurz nach 12.00 Uhr machten wir uns auf den Weg nach Hause. Der Tag aber war

und eine halbe Stunde spielen auf dem Spielplatz bevor wir uns dann endgültig auf den Heimweg machten. Wir brach-

Im Gedenken an die Opfer von Terrorismus



Seit den Selbstmordanschlägen vom 22. März 2016 in Brüssel werden auf der gan-

zen Welt Kerzen angezündet – in stillem Gedenken an die vielen unnötigen Opfer.

Auch alle Mitarbeiter im Arbeitslosenservice Finsterwalde bekunden ebenfalls ihre Anteilnahme und verurteilen die Terroranschläge.

Gut sichtbar für Besucher unserer Einrichtung wurde eine Kerze im Eingangsbereich des

Hauses angezündet.

Selbst die Kunden unserer Einrichtung, die inzwischen nicht nur aus der Region um Finsterwalde kommen, sondern auch aus den weltweiten Krisengebieten und schreckliche Dinge erlebt haben, zeigen sich schockiert und distanzieren sich von jeglicher Form des Terrorismus.

Arbeitslosenservice Finsterwalde

Solidarität mit den Opfern aus Brüssel



Die Attentäter von Brüssel wollten nach Angaben belgischer Ermittler ursprünglich einen weiteren Anschlag in Frankreich begehen, entschieden sich aber wegen des hohen Fahndungsdrucks für Ziele in der belgischen Hauptstadt Brüssel. Das gab die Staatsanwaltschaft in Brüssel bekannt und bestätigte damit

Medienberichte. Zahlreiche Aspekte der Ermittlungen haben ergeben, dass die Terrorgruppe zuerst wieder in Frankreich zuschlagen wollte", hieß es in einer knappen Erklärung der Staatsanwaltschaft.

Bei den Selbstmordanschlägen am 22. März in der Brüsseler U-Bahn und am Flughafen waren insgesamt 32 Menschen getötet worden. Am 13. November hatten Terroristen in Paris 130 Menschen umgebracht. Zu beiden Angriffen bekannte sich die Terrormiliz Islamischer Staat. Die belgischen Ermittler hat-

ten in den vergangenen Tagen sechs Verdächtige festgenommen. Gegen vier von ihnen wurden Terrorvorwürfe erhoben. Zwei wurden freigelassen. Die Mitteilung der Brüsseler Staatsanwaltschaft bestätigte, was viele bereits vermutet hatten: Razzien und Verhaftungen im März – darunter die Festnahme des nach den Pariser Anschlägen gesuchten Salah Abdeslam – setzten die Terroristen in Belgien unter Druck und lösten die Anschläge von Brüssel aus.

*10. April 2016 www.zeit.de
Quelle: afp, ap, rtr, agx*

Jubilare



10 Jahre

Lesniarek	Waltraud	Neuruppin
Freese	Christa	Jüterbog
Günter	Ingrid	Jüterbog
Czelinski	Petra	Spremberg
Herda	Klaudia	Großräschen
Friedmann	Simone	Großräschen
Stähs	Roland	Großräschen
Kretschmar	Bernd	Großräschen
Schreyer	Josef	Großräschen
Schäfer	Christina	Zehdenick
Pannzek	Lisa	Jüterbog
Seidel	Ramona	HVL/Nauen

20 Jahre

Wurl	Ursula	Spremberg
Weiß	Bärbel	Herzberg
Richter	Hilde	Spremberg
Hentschel	Hannelore	Herzberg
Schröder	Erika	Herzberg

15 Jahre

Manteufel	Heidrun	Großräschen
Eger	Dirk	Herzberg
Horst	Monika	Spremberg
Schwanengel	Nadine	Herzberg
Deutschland	Hartmut	Strausberg
Barthel	Christel	Herzberg
Busch	Monika	Herzberg
Pfeiffer	Christel	Luckenwalde

25 Jahre

Kahleyß	Heidrun	Jüterbog
Hauptmann	Andreas	Luckau
Sinneker	Jürgen	Zehdenick
Lachmann	Karin	Neuruppin

Der Landesvorstand bedankt sich an dieser Stelle bei allen Jubilaren für ihre Treue zum Verband, für die vielen ehrenamtlich erbrachten Leistungen und geopferten Stunden von persönlicher Freizeit. Nochmals herzlichen Dank.

Der Landesvorstand

Neues aus Elbe/Elster: „Jugend packt an“



Im Bereich Schönewalde haben sich 9 Jugendgruppen aus den einzelnen Ortsteilen an der Aktion „Jugend packt an“ ein Wochenende für Elbe/Elster beteiligt. 54 Jugendliche griffen zu Spaten, Hacke, Harke, Farbe und Pinsel, um ihr Dorf ein Stück schöner zu gestalten. In Bernsdorf war man sogar mit schwerer Technik (Radlader) im Einsatz. Es war wieder eine tolle Sache, was die Jugendlichen an dem Wochenende auf die Beine gestellt haben. Wir bedanken uns beim Jugendclub Stolzenhain,

Brandis, Bernsdorf, Jeßnigk, Dubro, Wiepersdorf, Ahlsdorf, der Jugendfeuerwehr Schönewalde sowie der Jugendfeuerwehr Knippelsdorf.

Wie auch in den Jahren zuvor hatte der Jugendhilfeausschuss erneut einer Prämie von 50,00 € je Projekt aus dem Haushalt des Landkreises Elbe/Elster zugestimmt. Es gab auch wieder ein Pokal und eine Urkunde für jede Jugendgruppe. An alle Jugendgruppen ein großes Dankeschön, von Gudrun Klee der Jugendsozialarbeiterin des Arbeitslo-

senverbandes in Schönewalde. Ein Dankeschön an die Landtagsabgeordnete der Linken, Frau Diana Bader. Sie besuchte am Montag den 25.04.2016 die Frauen der Kultur- und Tanzgruppe des Arbeitslosenverbandes in Schönewalde. Ge-gründet als Selbsthilfegruppe besteht diese mittlerweile seit 17 Jahren. Durch eine finanzielle Unterstützung der Landtagsabgeordneten, in Höhe von 250,00 € kann die Tanzgruppe mit neue Blusen ausgestattet werden. Bei Kaffee und Kuchen, einer kleinen Tanzeinlage sowie gemeinsamen Gesprächen bedanken sich die Frauen bei allen Beteiligten. In Frau Diana Bader haben wir eine sehr freundliche und verständnisvolle Politikerin kennengelernt.

Bereich Schönewalde



Die veröffentlichten Beiträge geben nicht notwendig die Ansichten der Redaktion wieder. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnerhaltend zu kürzen. Urheberrechtlich geschützte Zitate, soweit ersichtlich, werden nicht ohne Quelleangabe veröffentlicht und aus den Beiträgen entfernt.



Termine: 8

15./16.06.2016 BFD Modul V
20./21.06.2016 BFD Modul VI
22./23.06.2016 BFD Modul VII
28.06.2016 OV/KV
04./05.07.2016 BFD Modul V
06./07.07.2016 BFD Modul VI
12./13.07.2016 BFD Modul VII
13./14.07.2016 BFD Modul VIII

Bilder: S. 1 u. 2 fotolia / S. 4 B. Holtz / S. 5 u. 6 Neuruppin / S. 6 Finsterwalde / S. 6 www.zeit.de / Quelle: apf,ap,rr,agx / S. 8 Schönewalde

ARBEITSLSENVERBAND DEUTSCHLAND
LANDESVERBAND BRANDENBURG E.V.
V.i.S.d.P.: Der Vorstand

Bahnhofstr. 1A
14774 Brandenburg

Telefon: 03381-804214
Fax: 03381-804215
E-Mail: info@alv-brandenburg.de

Sie finden uns auch im Web!

www.alv-brandenburg.de

Aktiv sein - lebenslang Lernen - gemeinsam Verändern